

Laue Kompromisse – Nein Danke!

*Zum Scheitern
der ARD-Verhandlungen*

Die Presseerklärung vom 11. November war deutlich: „ARD lässt Dokumentarfilmverhandlungen scheitern!“ Doch so richtig überrascht hat sie offensichtlich keinen. Fast schien es, als habe die Branche gar nichts anderes erwartet – und unsere Mitglieder, die ja bereits durch den September-Rundbrief „vorgewarnt“ waren, schon gar nicht. Damals hatten wir unter der Überschrift „ARD-Verhandlungen auf Messers Schneide“ ausführlich über die laufenden Gespräche berichtet und dabei auch die bestehenden Konfliktlinien aufgezeigt. Genau entlang dieser Linien verlief acht Wochen später dann auch die Bruchstelle.

Wenn die ARD noch am gleichen Tag in einer eigenen Presseerklärung versuchte, die AG DOK als kompromisslosen Spielverderber zu brandmarken, der „nach langen und konstruktiven Gesprächen“ wegen einer einzigen unerfüllten Forderung die Verhandlungen für gescheitert erklärte, so beschrieb sie damit zwar vordergründig den Anlass, nicht aber die Hintergründe des Dissens.

Bis zur Schmerzgrenze

Die Schmerzgrenze war für uns erreicht, als die ARD-Anstalten nach einem langwierigen internen Abstimmungsverfahren signalisierten, dass sie unserer Forderung nach genereller Anerkennung einer „producer's fee“ im Kalkulationsschema nicht stattgeben wollten. Warum war uns das so wichtig? Haben wir uns mit unserer harten Haltung in dieser Frage möglicherweise in Nebensächlichkeiten verstiegen?

Wohl kaum. Die Forderung nach Anerkennung des Producers war ja bereits ein Kompromissvorschlag, nachdem die Sender zuvor sowohl die Anpassung des Handlungskostensatzes als auch die Anerkennung eines Produzentenhonorars verweigert hatten. Beides hatten wir mit Beispielen und Modellrechnungen mehrfach gut begründet vorgetragen und jedes Mal darauf hingewiesen, dass die wirtschaftlichen Verwerfungen im Produktionsbereich nur ausgeglichen werden können, wenn sich an diesen Stellschrauben etwas bewegt. Doch aus dogmatischen und deshalb für uns nicht nachvollziehbaren Gründen wurden die Begriffe „Handlungskosten“ und „Produzentenhonorar“ auf ARD-Seite rigoros als

„nicht verhandelbar“ tabuisiert. Die Ausweichposition der „producer's fee“ als Regelfall sollte in dieser Situation eine Brücke bauen. Aber selbst das war offenbar nicht möglich. Besonders ärgerlich war dabei die Verhandlungsführung der Gegenseite, die alle schwierigen und wirklich kontroversen Punkte unter Verweis auf eine Lösung in der Frage des Produzentenhonorars auf den Schluss der Verhandlungen verschob. Einen Teil unserer Forderungen haben wir im Vertrauen auf diese Zusicherung sogar aufgegeben – nur: die versprochene Lösung kam nicht. So haben wir mit hohem Aufwand an Arbeitszeit und Fahrtkosten lange über Nebensächlichkeiten geredet, um uns am Ende erkennen zu müssen, dass die Sender unsere zentralen Probleme nach wie vor nicht begriffen haben.

Produktionswirtschaft im Existenzkampf

Verhandlungsziel war (und ist) für uns immer die nachhaltige materielle Verbesserung der unabhängigen dokumentarischen Fernsehproduktion. Die Rahmenbedingungen in diesem Bereich haben sich über Jahre hinweg scheinbar kontinuierlich so verschlechtert, dass viele kleine, aber auch mittelgroße Produktionsfirmen inzwischen jenseits aller Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen arbeiten. Die überwiegende Zahl der Produktionen ist chronisch unterfinanziert, weil selbst bei so genannten voll finanzierten Auftragsproduktionen nicht die tatsächlich anfallenden Produktionskosten bezahlt werden. Statt dessen müssen sich die Produzenten den unrealistischen und praxisfremden Vorgaben der sendereigenen Kalkulationsrahmen unterwerfen. Meistens wird ohnehin nur noch ein fester Betrag bezahlt, der mit den realen Produktionskosten nicht mehr das Geringste zu tun hat. Die Autoren, Regisseure und anderen Projekt-Mitarbeiter werden in diesen Strudel des allgemeinen Mangels hineingezogen – die Stimmung in der Produktionswirtschaft wird immer schlechter.

Wie konnte es so weit kommen?

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, dürfte im Wesentlichen auf zwei Ursachen zurückzuführen sein: die in zahllose kleine Anbieter zersplitterte Produktionsszene hat über Jahre hinweg jede neue Zumutung der Sender ohne ernsthafte Proteste geschluckt, weil die Mischkalkulation aus Fixkosten, Produktionsaufwand, eigenen Honoraren und Rechten trotz schwindender Gewinnmargen letztlich immer noch aufzugehen schien. Auf Senderseite verfestigte sich dadurch der Eindruck, dass Kürzungen im Dokumentarfilmbereich problemlos durchzusetzen sind: keine Prominenten, die auf die Barrikaden gehen, kein Ärger mit der Gewerkschaft, keine Zuschauerproteste, weil man ja für weniger Einsatz trotzdem

immer noch das vollwertige Programm bekommt.

Der zweite Grund ist wohl in der aktuellen Situation der Rundfunkfinanzierung zu suchen. Die öffentlich-rechtlichen Sender sind zu gigantisch aufgeblähten Monstern geworden, die eine ständig anschwellende Lawine aus Technik- und Betriebskosten, einen nahezu gleichbleibend hohen Personalbestand und gigantische Pensionslasten vor sich herschieben - allein die inflationsbedingten Kostensteigerungen und die tariflichen Gehaltserhöhungen treiben die Fixkosten von Jahr zu Jahr in neue schwindelerregende Höhen, ohne dass auf der anderen Seite etwas nachwächst. Denn die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (KEF) hat die Gebühren auf dem gleichen Stand wie vor drei Jahren eingefroren. Vertragliche oder tarifliche Verpflichtungen lassen sich in dieser Situation natürlich nicht so ohne Weiteres aushebeln oder unterlaufen. Wo also lässt sich innerhalb des Systems das Geld einsparen, das der Apparat allein auf Grund der genannten Steigerungsraten Jahr für Jahr zusätzlich verschlingt? Wo gibt es Ausgaben, die keinen verbindlichen vertraglichen Regelungen unterworfen sind? Natürlich dort, wo schon immer folgenlos gespart wurde: bei den freien Mitarbeitern und bei den freien Produzenten. Und da wiederum vorzugsweise im Bereich des Dokumentarfilms.

Unser Verhandlungsziel

Deshalb war von Anfang an klar, dass Verhandlungen für uns nur dann erfolgreich sein konnten, wenn sie diesen Abwärts-Trend umkehren, wenigstens aber zum Stillstand bringen. Das bedeutete, dass wir wirklich spürbare substantielle Verbesserungen für die Dokumentarfilmbranche erreichen mussten. Alle Abschlüsse unterhalb dieser Messlatte kamen für uns nicht mehr in Frage, nachdem ARD und ZDF uns 2002 schon einmal Vereinbarungen angeboten hatten, die nach außen hin gut aussahen, die sich bei näherer Betrachtung aber als reine Augenwischerei erwiesen, weil sie für die Sender kostenneutral waren und unseren Autoren, Regisseuren und Produzenten unter dem Strich nichts gebracht haben.

Was uns die ARD nach mehr als einem Jahr und fünf großen und mehreren kleinen Verhandlungsrunden zur Unterschrift vorlegte, ging wieder in die gleiche Richtung: eine Vereinbarung, die für den immer seltener werdenden Bereich der voll finanzierten Auftragsproduktionen Zugeständnisse anbot, die findige Produzenten auch heute schon ganz ohne Rahmenvereinbarung erreichen können. An diesem Grundsatz individueller Entscheidungen sollte sich nach dem Willen der ARD-Seite auch nichts ändern. Die meisten der zugesagten zusätzlichen Kalkulationsposten sollten jedenfalls nur für „aufwändige Produktionen“ oder „bei entsprechender Erläuterung im Einzelfall“ gelten, und was wir darüber hinaus zur

klimatischen Verbesserung im Produktionsablauf heraushandeln konnten, waren liebe, nette Selbstverständlichkeiten. Wer, zum Teufel, hindert die Sender denn daran, Verträge innerhalb von acht Wochen auszufertigen? Bedarf es dazu wirklich erst einer besonderen vertraglichen Vereinbarung mit der AG DOK? Und wenn es der ARD wirklich darauf ankäme, die Dokumentarfilmproduzenten fair zu behandeln - warum hat sie dann nicht schon vor Monaten mit einem Federstrich die mit der Produzentenallianz vereinbarten vertragsrechtlichen Regelungen für fiktionale Auftragsproduktionen auf den Bereich des dokumentarischen Fernsehens ausgeweitet? Einmal ganz abgesehen von der Frage, ob es fünf Jahre alte reine Fernseh-Auftragsproduktion tatsächlich noch einen lukrativen Zweitverwertungsmarkt gibt ...

Unser Wunsch nach einem wirklichen Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Autoren, Regisseuren und Produzenten auf der einen und den Sendern auf der anderen Seite lief jedenfalls ins Leere. Ein zentraler Punkt wäre dabei die „Umkehrung der Beweislast“ gewesen: die Sender sollten zunächst einmal all die Kalkulationsposten anerkennen, die für eine dokumentarische Filmproduktion branchenüblich, notwendig und selbstverständlich sind. Nur, wenn eine dieser Funktionen im Einzelfall einmal nicht erforderlich sein sollte, könnte der Sender sie mit besonderer Begründung aus der Kalkulation streichen. So läuft es in der gesamten freien Wirtschaft, so läuft es für jeden Unternehmer - nur halt nicht für uns.

Kein „Persilschein“ durch unsere Unterschrift

Hätten wir die vorgelegten „Eckpunkte“ unterschrieben, hätten wir damit nicht nur unsere Mitglieder betrogen, die sich nicht länger mit Placebos und Hinhalteversprechen abspeisen lassen, sondern völlig zu Recht auf eine Besserung ihrer immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage warten - wir hätten uns zudem zum Büttel eines Täuschungsmanövers gemacht. Denn wenn die Verhandlungen überhaupt zustande kamen, so ist das einer Protokoll-Notiz des 1997 beschlossenen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags zu verdanken, in der die Ministerpräsidenten der Bundesländer die Erwartung formulieren, dass die öffentlich-rechtlichen Sender mit Produzenten und Urhebern faire Vertragsbedingungen und angemessene Vergütungen vereinbaren. Mit unserer Unterschrift unter das Papier hätten wir der ARD genau das bescheinigt, obwohl nach wie vor das krasse Gegenteil der Fall ist. Der Status quo wäre damit für weitere fünf Jahre festgeschrieben und nach außen salonfähig gemacht worden. Denn wenn schon die aufmüpfige AG DOK die Arbeits- und Vertragsbedingungen als fair ansieht - wer wollte dann noch daran zweifeln?